

»Ein kommunistisches Amazon ist denkbar«

Die Arbeitszeitrechnung als Wirtschaftsprinzip wurde von Rätekommunisten schon vor 100 Jahren als Alternative zur Marktwirtschaft diskutiert. Auch heute könnte sich damit die Produktionsweise fundamental ändern

OXI ist als Genossenschaft organisiert. Ihr habt eine App programmiert, die Arbeitszeitrechnung für eben solche Unternehmen anwendbar machen soll. Erklärt mal: Wie funktioniert das?

Sebastian Jordan: Wenn ihr euch als Genossenschaft entscheiden würdet, bei der Arbeitszeitrechnung mitzumachen, müsstet ihr euch erst mal anmelden. Und dann muss gar nicht mehr so viel passieren: Ihr reicht einen Produktionsplan ein und los geht es. In diesem Plan müsstet ihr festhalten, was ihr stellt. Bei euch wäre das die Zeitung. Ihr müsstet auch festhalten, welcher Aufwand für eure Produktionsmittel notwendig wäre. Das wisst ihr natürlich am besten, aber ich schätze, ihr habt Druckkosten, braucht Computer und ihr arbeitet ja auch, gebt also lebendige Arbeit hinzu. Diesen Plan würdet ihr in der App einreichen und die öffentliche Buchhaltung würde dann im Namen aller Produzent:innen und Konsument:innen darüber befinden, ob der Plan angenommen wird. Das wäre zunächst sicher auf Vertrauensbasis, aber beim zweiten oder dritten Plan würde es dann schon darum gehen, ob ihr den letzten Plan ungefähr erfüllt habt. Wenn der Plan genehmigt ist, erhaltet ihr die Arbeitsstunden als Gutschriften auf eurem Konto.

Sebastian Loschert: Besonders sinnvoll wird so eine Ökonomie erst, wenn einige Betriebe dabei sind. Ein paar Dutzend vielleicht oder um die 100. Erst dann kann man mit seinen Arbeitszertifikaten sinnvolle Sachen kaufen. Gewisse Lieferketten müssen abgebildet werden. Bei euch sollten Drucker:innen dabei sein genau wie die Papierhersteller:innen. Lebensmittel sollten die Mitarbeiter:innen allerdings auch kaufen können. Die Frage ist also, wie sinnvoll ist es für den ersten Betrieb, der dazustößt. Aber technisch ist diese Planung mit unserer App möglich.

Das klingt nach einem lustigen Planspiel. Aber ihr seht darin auch eine gesellschaftspolitische Vision mit Geschichte.

Sebastian Loschert: Historisch beziehen wir uns auf die Gruppe internationaler Kommunisten (GiK), die dieses Konzept in den 1920er Jahren entwickelt hat. Das waren Rätekommunisten, aktiv in der Arbeiterbewegung, die einen freiheitlichen Sozialismus wollten.

Was unterscheidet euer Konzept von der Planung der Sowjetunion?

Sebastian Jordan: In der Sowjetunion wurde durchaus auch experimentiert. Bevor die Neue Ökonomische Politik umgesetzt wurde, gab es erst mal eine Naturalwirtschaft, die gescheitert ist. Dann wurde wieder eine geldbasierte Wirtschaft eingeführt. Das lehnte die GiK ab und begründet auch deren Motivationen. Sie wollten ein alternatives Konzept erstellen. Zentraler Unterschied: Wenn wertbasiert produziert wird – und das war in der Sowjetunion der Fall –, muss

politisch darüber entschieden werden, wie der Mehrwert verteilt wird. In der Sowjetunion hat man sich für eine zentrale Planstellen entschieden, um nicht wieder in die Marktwirtschaft zu verfallen. In der Arbeitszeitrechnung gibt es aber keinen Zentralismus. Der ist nicht notwendig, da keine wertbasierte Produktion stattfindet und die demokratisch organisierten Betriebe selbst eine weitgehende Planungsautonomie haben. Sie machen Absprachen und kümmern sich um die Planung.

Wie könnte die Idee heute umgesetzt werden?

Sebastian Jordan: Diese Frage hat viele Dimensionen. Es könnte so etwas wie eine revolutionäre Situation geben, zum Beispiel im Zuge einer tiefgreifenden Krise. Eine andere Möglichkeit wäre – und das kann durchaus auch kritisch gesehen werden –, eine Art Nischenwirtschaft aufzubauen, in der diese Praxis schon eingeübt wird. Dann müsste sie sich gewissermaßen gegen den Kapitalismus beweisen und könnte sich gegebenenfalls immer weiter ausdehnen.

Das betrifft die praktische Umsetzung. Was ist aber mit der theoretischen?

Sebastian Jordan: Die Betriebe würden weiterhin ihre Produktion planen. Das wird ja auch jetzt schon gemacht, nur halt von den Leuten, die den Mehrwert abschöpfen, nicht von den Arbeiter:innen. Mit der Arbeitszeitrechnung müsstet die Personen, die die Arbeit verrichten, anfangen, darüber zu reden, was sie eigentlich wollen, wie sie das produzieren möchten. Dafür werden sie sich sicher mit anderen absprechen müssen, zum Beispiel mit denen, für die sie produzieren, oder mit denen, von denen sie konsumieren. Es braucht also einen sehr viel größeren Austausch über die Produktion. In einer Wirtschaft, die so kooperativ ausgerichtet ist, wurde es dann natürlich zu Zusammenschlüssen kommen. Es werden eben keine Werte produziert, sondern die konkrete Arbeitszeit registriert, gemäß der für die Produkte notwendigen, gesellschaftlichen durchschnittlichen Arbeitszeit. Da sehen wir keinen Grund mehr dafür, dass sich Betriebe voneinander abgrenzen, sondern eher den Anreiz, aufeinander zuzugehen, sich fachlich und organisatorisch auszutauschen.

Ihr geht davon aus, die Betriebe sind in Arbeiter:innenhand, sie tauschen sich über die Produktion aus, schließen sich gar mit anderen zu Kooperativen zusammen und planen so einen Produktionsprozess von unten. Das reicht aber noch nicht für ein gesamtgesellschaftliches Wirtschaftssystem.

Sebastian Loschert: Es bräuchte auch noch ein Gremium, in dem alle in dieser Ökonomie Beteiligten repräsentiert sind. Die GiK nannte das den Rätekongress. In kleineren Dimensionen könnte man auch

einfach von Vollversammlung der Arbeiter:innen sprechen. Dort müssten verschiedene Fragen beschlossen werden: Wie stark soll die Wirtschaft wachsen? Welche öffentlichen Betriebe soll es geben, die ihre Produkte frei zur Verfügung stellen? Wann werden Pläne angenommen, wann abgelehnt? Das sind politische Fragen, die dann ausdiskutiert werden.

Das ist die Produktionsseite der Ökonomie, es wird aber auch konsumiert. Wie würden die Güter verteilt werden?

Sebastian Jordan: Die GiK spricht auch über Konsumgenossenschaften, schreibt aber wenig über ihre konkrete Ausgestaltung. Im Osten sollte der »Konsum« noch einigen Leute ein Begriff sein. Das Konzept ist ähnlich: Es braucht Orte, wo die Produkte für den Konsum an ihre Mitglieder herausgegeben werden. Dort müssten Bedarfe gemeldet und an Produzent:innen weitergeleitet werden. Das kann verschiedene Formen annehmen, so etwas wie ein kommunistisches Amazon wäre durchaus denkbar. Grundsätzlich bräuchte es ein System, wie der Bedarf auf eine demokratische Weise erfasst wird. Dann bräuchte es wieder Kommunikation zwischen Konsument:innen und Produzent:innen über eben diesen.

Kommen wir wieder auf das OXI-Beispiel. Sagen wir, ich arbeite hier zwei Stunden, nehme also zwei Stunden-Zertifikate mit in den Supermarkt und kauf mit denen dann Butter, die eine halbe Stunde Zeit benötigt.

Sebastian Jordan: Das ist der individuelle Grundgedanke, ja. Die Weitergabe auf Basis von Zertifikaten wäre aber nur ein Teil des Ganzen. Die Idee ist, dass in dem politischen Organ der Gesellschaft darüber entschieden wird, welche Güter und Dienstleistungen überhaupt nach Gegenleistung rausgehen werden und welche zur freien Verfügung stehen. Wenn also die Butter vielleicht in den Bereich der freien Verfügungen fällt, dann brauchst du nicht mal die zwei Stunden in der Redaktion dafür absitzen, sondern du kannst sie dir einfach nehmen. Was in diesen Bereich fällt, das ist eine politische Frage.

Provokativ gesagt: Aus meiner individuellen Perspektive würde sich gar nicht so viel ändern. Ich gehe arbeiten, dafür kriege ich etwas und »kaufe« mir davon was. Manche Sachen stellt der Sozialstaat bereit.

Sebastian Loschert: Diese Ökonomie hat gewisse Voraussetzungen, die nicht unter den Tisch fallen dürfen. Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist aufgehoben und die Betriebe sind demokratisch organisiert. Es ist eine dezentrale Planwirtschaft, in der Produkte genau die Arbeitszeit kosten, die in ihnen steckt. Heißt: Wir reden schon über Sachen, die vorher

passiert sind und einen Unterschied ums Ganze machen.

Ihr wollt eine bessere Gesellschaft. Aber es gibt bestimmt auch Konflikte, die weiter bestehen würden. Habt ihr euch darüber schon Gedanken gemacht?

Sebastian Loschert: Es wird weiterhin unangenehme Arbeiten geben, die erledigt werden müssen. Wir denken aber, dass durch diese Idee »eine Stunde ist eine Stunde« eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen angestoßen wird. Es können nicht mehr wie im Kapitalismus ultrabillig Arbeitskräfte gekauft werden, die dazu verdammt sind, solche Arbeiten zu machen. Erstens sind die Betriebe demokratisch organisiert. Aber auch, weil es den Zwang gibt, die Arbeitsbedingungen so angenehm zu machen, dass die Leute die Arbeit auch wirklich machen.

Sebastian Jordan: Noch genereller: Viele Dinge müssten fundamental neu ausgehandelt werden. Nicht nur, wer macht welche Tätigkeit, sondern die gesamten Bedürfnisse stehen zur Debatte. Das kann schmerzhaft sein für eine Gesellschaft, die es gewohnt ist, dass die Bedürfnisse einfach über den Markt verhandelt werden.

Kommen wir noch mal zu eurer App. Wie funktioniert die?

Sebastian Jordan: Sie ist eigentlich eine Buchhaltungssoftware. Es geht aber nicht um innerbetriebliche Vorgänge, sondern um die Buchhaltung eines Wirtschaftszusammenhanges verschiedener Produktionseinheiten. Sie ermöglicht, wie schon gesagt, die Veröffentlichung von Produktionsplänen für alle Teilnehmer:innen der Wirtschaft. Jede:r kann da reingucken, es gibt kein Geschäftsgeheimnis mehr. Gleichzeitig ermöglicht die App das Übertragen der Stundenkontingente, die in der Produktion angefallen sind und dann als tote Arbeit übertragen werden. Die Aushandlung der Plangenehmigungen wird ebenfalls möglich sein.

Sebastian Loschert: Momentan ist die App als Demo-Version online. Wir laden also alle ein, sich mal zu registrieren, einen Plan einzureichen und zu schauen, ob er genehmigt wird. Das kann jeder machen. Abgesehen davon programmieren wir gerade noch eine Schnittstelle, die es anderen Programmierer:innen ermöglichen soll, Zusatz-Apps zu entwickeln.

Sie wäre also einsatzbereit, sobald die Revolution kommt.

Sebastian Loschert: Für kleinere Kreise funktioniert sie schon, ja. **Sebastian Jordan:** Wir haben zu nächst eine Webanwendung mit einer zentralen Datenbank genommen, um das Prinzip zu zeigen. Wenn man sich vorstellt, 8 Milliarden Menschen wollen über diese App kommunizieren, schlägt das ziemlich wahrscheinlich fehl. Für eine solche Skalierung müsste man noch ein bisschen Arbeit leisten.



Die Initiative demokratische Arbeitszeitrechnung (IDA) arbeitet seit zwei Jahren daran, mit Vorträgen, Artikeln und Lesekreisen das Konzept der Arbeitszeitrechnung bekannter zu machen. **Sebastian Jordan** und **Sebastian Loschert** sind Teil der Initiative, Programmierer und leben in Berlin. **Philip Blees** hat sich mit ihnen über Utopie und Praxis unterhalten.